

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, luchs@schatten-kabinett.ch

- Mitglied «Die Mitte» (www.die-mitte.ch)
- alt Gemeinderat Stadt Zürich für die Kreise 1 & 2
- Redaktor www.schatten-kabinett.ch
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer www.acad.jobs : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

Artikel auf www.schatten-kabinett.ch sind keine Einführungen in ein Thema, sondern Memos und Checklisten für Praktiker. Buchbesprechungen ersetzen nicht die Lektüre des Originals. Sie finden hier auch sehr gute Formulierungen, um komplexe Zusammenhänge kompakt zusammenzufassen oder Schlagworte, um ihre bereits vorhandene Rede zu würzen. Falls wir irgendwo Urheberrechte verletzen, bitte umgehend mit Nachweis melden: wir werden dann die jeweiligen Passagen neu als Zitate kennzeichnen.

Der Superstaat (von Beat Kappeler)

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

Buchbesprechung

Buchkauf: www.amazon.de/exec/obidos/ASIN/3907291107/luchsingermath07

Buchcover: Viele Bürgerinnen und Bürger haben genug: vom ausufernden Staat, seinen Steuern, seinen Regeln, von der Bürokratie. Wutbürger treten auf. Die Schraubstellen dieser Macht sind aber klar benennbar: Die Parteizentralen bestimmen heute in Westeuropa die Regierungen, sie beherrschen die Parlamente, deren Minister setzen die EU-Regeln und führen sie, zurück im Land, als unausweichlich durch. Die Gewaltenteilung kam abhanden. Die Notenbanken stützen die Schuldenwirtschaft der Staaten durch Geldschöpfung, sie dispensieren die Politiker vom Sparen. Schritt für Schritt bauten sich Regulierungen im Alltag auf, die bereits an die Endzeit gescheiterter Imperien erinnern.

Die Freiheit ging in der Geschichte oft verloren. Diesmal aber gibt es Lösungen zum Rückbau, die in einigen Staaten schon erprobt wurden. Beat Kappeler zeigt in diesem Buch konkreter als übliche Klagende oder Populisten links und rechts, wie wir die Freiheit zurückgewinnen können.

Der Autor: [Von Wikipedia: * 11. September 1946 ist ein Schweizer Ökonom, Publizist und Autor.

- Sekundarschule Flade in St. Gallen
- Gymnasium in Gossau SG
- Studium Weltwirtschaft und Völkerrecht am Institut de Hautes Etudes Internationales der Universität Genf. 1970 schloss er dieses Studium mit dem Lizenziat en sciences politiques ab.
- Von 1977 bis 1992 amtierte er als Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, betraut mit Liberalisierungsdossiers in Wettbewerbs-, Welthandels- und Wirtschaftspolitik.
- Seither ist er freier Wirtschaftsjournalist und Buchautor.
- 1993 bis 2002 war Kappeler Autor bei der Weltwoche.
- 1996 bis 2000 war er ausserordentlicher Professor für Sozialpolitik am Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) in Lausanne.
- März 2002 bis Oktober 2018 war er Kolumnist für die NZZ am Sonntag.

- Er schreibt Kolumnen in Le Temps, längere Essays im Schweizer Monat und war Gast in der Fernsehsendung Arena.

Kappeler vertritt marktwirtschaftliche Lösungen in der Sozial- und Geldpolitik. Ende [Wikipedia]

Warum sollte das Buch gelesen werden:

- Kompetente Zusammenfassung/Orientierung, was alles wo, wie und warum schief ging
- Darauf basierend: systematische Verbesserungsvorschläge für die praktische Politik
- International vergleichend, also nicht nur Schweiz; viel EU
- historisch gute Fundierung
- die behandelten Themen werden selten in dieser Dichte abgehandelt (ausser in der akademischen Welt, wenn dort überhaupt; oder in der engen politischen Arena)

Ein Kollege hat mir gesagt, dieses Buch sei ein depressives Buch: es erklärt breit und korrekt die grossen Probleme, aber leider sind die nachfolgenden Lösungsansätze dann im Vergleich zu den Problemen verhältnismässig schwach. Die Kritik ist dann berechtigt, wenn man sofortige Verbesserungen erwartet. Aber Politik ist Kärnerarbeit. Mit Demut lässt sich für den einzelnen Politiker und die einzelnen Parteien doch da und dort ein wichtiger Hinweis, eine wichtige mögliche Initiative (Schweiz), herauslesen.

Aufbau, Inhalt des Buches, Zusammenfassung, Auszüge (Seite 2 - Seite 8 in diesem pdf):

Einleitung

- Drei Hauptthesen (Seite 13 unten):
 - **Gewaltentrennung ist ausgehebelt** zugunsten der Zentralen in Regierung und Parteien.
 - Die westlichen Nationen sind einem **zentralisierenden Superstaat** verfallen (Regierungsübermacht, Bürokratie, Steuern, Eingriffe, Kontrollen). Rückbau ist möglich.
 - Der **Wahn «Sicherheit vor Freiheit»** führt massiv in die Unfreiheit. Bei Analyse und Gegenmassnahmen muss man die **Public Choice Theory**, die ökonomische Theorie der Politik, zwingend berücksichtigen.

Die Analyse – so ging die Freiheit verloren (1. Teil)

- Fesseln der Freiheit im Nationalstaat (Seite 19)
 - Gewaltentrennung abgeschafft
 - Wegen Möglichkeit, das Parlament aufzulösen
 - Damit Daumenschrauben für die *Beruf*parlamentarier, auch in der Opposition
 - Macht wandert zu Regierung und Parteizentralen
 - «Kurz, die Vertrauensfrage mit anschliessender Parlamentsauflösung verkehrt überall die Gewaltentrennung von einem «bottom-up» in ein «top-down». Der einzelne Parlamentarier kann nicht gemäss seinem Gewissen oder dem Wählerwillen abstimmen.
 - Gewaltenteilung lebt in USA, Schweiz
 - Teilweise Aushöhlung durch Sicherheit, «Wohltaten für alle», Dringlichkeiten
 - speziell Schweiz: Lernfähigkeit der Regierung nach Niederlagen vor Volk und Parlament und kein kollektiver Rücktritt
 - Berufparlamentarier – Abhängigkeit von Parteizentralen

- Fesseln durch die Regierung (siehe oben) verbinden sich mit dem fast überall in Europa vorherrschenden Typus des Berufsparlamentarierers.
 - Es folgen auf Seiten 23-31 detailliert die Methoden, mit denen die Parteizentralen die freien Parlamentarier und selbst die Regierungsmitglieder in den diversen Ländern unter Druck setzen können.
 - Weiter in diesem Sinne Seite 28 Mitte und folgende: «Eine Variante der Regierungsbeteiligung durch Parlamentarier kommt hinzu: Die Regierungen übertragen den Parlamentariern oft einträgliche Ämter im Exekutivbereich oder in dessen Umfeld. Dies kann je nach Land während oder nach der Legislatur geschehen.»
 - Schlussfolgerung Seite 29 unten: «Die Regierungseliten Europas ergänzen sich weitgehend selbst, hauptsächlich um die Parteispitzen und um die Regierungs- und Fraktionschefs herum. Die Parlamentarier sind von ihnen stark abhängig, die Kontrolle verläuft von oben nach unten, nicht wie von Montesquieu und den Verfassungstexten gewollt durch die Gewaltentrennung vom Parlament zur Regierung und Verwaltung. Die gute Regel von Checks and Balances, der ein demokratisch-republikanisches System folgen muss, ist aufgehoben.»
- Staatsmacht ohne den Segen der Völker – auch in der Geschichte
 - Seite 34: «Die Mär, dass der Zusammenschluss zu einem Gesamtgebilde dem grossen Zug der Geschichte entspreche, ist falsch. Die Auflösung grosser Reiche – Zarenreich, Habsburg, Osmanisches Reich, Deutsches Reich -, die Abtrennung von Kleinstaaten sind seit hundert Jahren das wirkliche Narrativ, nicht die Einigung des Kontinents. Die frühere Geschichte bietet das gleiche Bild: ein in viele Kleinzentren gegliedertes Europa der Städte und Landschaften vor 1871. Dass die Zentralisierung zu grossen Flächenstaaten, zu riesigen Nationalstaaten gemäss dem Willen der Völker geschehen sei, ist grober Unfug.»
- Fesseln der Freiheit in der Europäischen Union: Macht von Oben (Seite 35)
 - Auf Seite 35-36 wird das Wesentliche zusammengefasst: «Minister regieren im Rat die EU – Parlamente zu Hause müssen abnicken: Die zentralisierte Macht der nationalen parlamentarischen «Demokratien» setzt sich auf europäischer Ebene fort und verschraubt die nationale Parteimacht mit der Verwaltungsmacht der EU gegenseitig:
 - Diese Fesseln sind folgendermassen verknüpft:
 - Siegreiche nationale Parteizentralen stellen den Regierungschef.
 - Regierungschef ernennt Minister.
 - Parlamentarier der Mehrheit wie der Opposition werden auf deren Linie eingeschworen, allgemein und insbesondere bei Vertrauensabstimmungen.
 - Parlamentarier dürfen nicht ungefragt Anträge einbringen oder mitunterschreiben.
 - Nur genehme Parlamentarier werden Minister.
 - Missliebige Parlamentarier werden bei Neuwahlen behindert.
 - Die Wähler können die Listen- und Kreiskandidaturen der Parteizentralen nicht verändern.
 - Die Folge: Diese Zentralen regieren national uneingeschränkt.

- Die Staats- oder Regierungschefs (wer immer von der Regierungspartei zum Regieren eingesetzt wurde) entscheiden im Europäischen Rat.
- Die Regierungschefs oder Fachminister bilden den Rat der EU und führen die Vorgaben des Rats aus.
- Diese Regierungschefs und Minister leiten den nationalen Parlamenten die ausführenden Erlasse zu.
- Parlamentarier der Mehrheit werden darauf eingeschworen und müssen zustimmen – wie oben. Der Kreis schliesst sich.
 - Die Folge auch hier: Diese Zentralen regieren die EU.
- Ab Seite 36 werden die verschiedenen Institutionen der EU erklärt. Zentral im EU-Vertrag «die Verwirklichung einer immer engeren Union». Zentrales Ziel ist dann, dass kein «Wettbewerb der Lösungen» mehr eintreten darf. Seite 41 unten: «Die EU will einen atomistischen Wettbewerb der Firmen um den Binnenmarkt, nicht aber einen Wettbewerb verschiedener Lösungen bei den grossen Rahmenbedingungen der Nationen. Die EU selber soll Referenznation werden.» und weiter Seite 42 oben: «Wie wir wissen, hat aber der Wettbewerb der Lösungen Europa gross und reich und innovativ gemacht. Wir wissen auch von gescheiterten Imperien, dass ihre einheitlichen, aber falschen Regeln verheerend sind.»
- Der Euro kriegt ab Seite 44 sein Fett ab:
 - Kappeler kritisiert den Euro mit der Lehre vom optimalen Währungsraum (Nobelpreisträger Robert A. Mundell): die beiden zentralen Voraussetzungen des optimalen Währungsraums seien nicht erfüllt:
 - Mobilität der Arbeitskräfte
 - Gesamtbudget des Zentrums muss in der Lage sein, die schwachen Regionen automatisch zu stützen.
 Bemerkung Luchsinger: Man kann und sollte diese beiden Punkte aus liberaler Sicht aber auch hinterfragen: praktisch, von der politischen Realität aus gesehen, hat die Lehre (eine Theorie) sicher einiges für sich. Aber man könnte auch eine Flexibilisierung der Löhne und Preise nach unten ins Auge fassen, wenn eine Region in einem zu starken Währungsraum gefangen ist (interne Abwertung).
- Die Seiten 44-52 zum Euro sind so dicht und informativ geschrieben, dass eine Zusammenfassung keinen Sinn macht. Das Buch ist so gut struktuiert, dass man diese auch herausgreifend lesen und verstehen kann – ein Muss! Trotzdem ein Leckerbissen:
 - Seite 49: «... «never waste a crisis», dass also gerade die in der Hast aufgegleisten Unvollkommenheiten (man kann auch sagen, der Pfuscher) zu stärkerer Integration zwingen werden.»
- Staatsbudget und Notenbanken zentralisieren den Superstaat überall (Seite 53)
 - Luchsinger: Man ist unweigerlich an die «Fabel aus der Schweizer Bankerszene erinnert: Wenn Du bei einer Bank 100'000 Schulden hast, die Du nicht zurückzahlen kannst, hast Du ein Problem. Wenn Du bei einer Bank 100'000'000 Schulden hast, die Du nicht zurückzahlen kannst, hat die Bank ein Problem.» Es geht hier darum, dass Defizite paradoxerweise einen *Machtzuwachs* bedeuten!
 - Seite 54 wird die österreichische Schule der Nationalökonomie kurz erklärt (und Keynes gegenübergestellt). Es ist zu befürchten, dass nur wer diese schon kennt, aus der kurzen, guten Zusammenfassung schlau wird.

- Seite 55 fasst die drei zentralen Probleme zusammen, welche zur grenzenlosen Überschuldung von Staaten führt:
 - Parlamentarischer Parteienwettbewerb (wer bietet mehr?)
 - Keynesianismus (Defizite, Kreditschulden sind gut)
 - Papiergeldschöpfung
- Für Schwindelfreie: Auf Seiten 55-67 werden die Folgen obiger drei Punkte aufgezeigt.
- Dann läuft der Thriller «Das Schweigen der Linken»: Kappeler zeigt auf, dass durch die Notenbanken, durch das Zusammenspiel von Superstaat und Notenbanken, die Reichen tatsächlich immer reicher werden – Dank dem Staat.
- Seite 59 Mitte taucht der Teufel in Form der Deflation auf (das war ein Witz): «Die Deflation drohe sonst. Das trat nicht ein, denn die stabilen Preise hatten nicht monetäre Ursachen (Chinas Billigprodukte, Automatisierung, Wettbewerbsdruck im Weltmarkt, technische Revolution und steigende Maschinenproduktivität).» Bemerkung Luchsinger: anstatt, dass die Masse von den tieferen Preisen profitieren konnte, wurde diese indirekte Wohlstandssteigerung über die Geldschwemme zu den Immobilien, Aktien und Obligationen, und damit zu den Reichen, geschoben.
- Seite 64: Superstaat ist Steuerstaat. «Bei den Steuern werden die Varianten der Abschöpfung hoher Einkommen und der Erbschaftssteuern meist mit «besserer Verteilung» gerechtfertigt. Doch in Wahrheit kommen diese Abschöpfungen nicht den Ärmern für ihren Vermögensaufbau zugute, sondern der Staatskasse, also dem Staat, dem Reichsten von allen. Seltsamerweise fasst sich linke wie bürgerliche Politik als Fürsprecherin des Staats auf, für seine Einnahmen, für neue Steuern und Abgaben, anstatt sich als Kämpferin der Bürger gegen die Staatshydra und Bürokratie zu sehen.»
- Fesseln des internationalen Superstaats und sein Mission Creep (Seite 69)
 - «Es ist normal, dass Nationalstaaten gewisse Aufgaben zusammenlegen und über internationale Organisationen ausführen. Doch diese Organisationen werden mit grossen Verwaltungen bestückt, reichlich mit Fachkräften und mit einer ganzen Hierarchie von Abteilungsdirektoren sowie einem General Secretary ausgestattet. Und diese Pyramide legt dann los. Sie erweitert schleichend ihre Kompetenzen. Sie beruft Jahreskonferenzen ganz rituell ein, wie jede Verwaltung. Dort werden immer neue Arbeitsprogramme vorgelegt und von den angereisten, oft wenig informierten und zeitknappen Ministern bewilligt. Die Aufgabenkreise solcher Organisationen wachsen oft fast ungebremst. Man hat kaum je von Rückstufungen der Aktivität gehört.»
 - Vorschlag Luchsinger: wann immer eine Organisation mit neuen Vorschlägen Richtung Mission Creep selber von sich aus kommt: Budget um 3 % kürzen. Offenbar haben sie freie Kapazität, sich mit anderem zu befassen.

Es werden dann nacheinander kompetent IWF, OECD, Weltbank, WTO, ILO und WHO beschrieben.
 - Seite 73: «Die nationalen Regierungen können ungeliebte Entscheide auf die höhere, internationale Ebene abtreten und die Folgen dann dem eigenen Volke als notwendige ... Verpflichtung darstellen.»
 - Seite 74 und 75 zeichnet Kappeler den beschwerlichen Weg für Bürger/innen gegen dieses Mission Creep auf: von Public Choice Seite 75 oben: «die einzelnen Bürger sind fast unmerklich von den je einzelnen solcher

Regulierungen, Belastungen betroffen, merken es nicht – oder wenn sie sich empören wollten, sind die notwendige Last, der Aufwand derart gross und überproportional zur möglichen Entlastung, dass Widerstand eigentlich irrational wäre.»

- Die Lösung ab Seite 75 unten: es geht auch ohne (all diese Organisationen).
 - Ausnahme: technische Organisationen: Normen, etc.

- Die Bürokratie (Seite 79)
 - Kappeler fordert die Bürger/innen auf, die Beamten zu fragen: «wo steht das denn?».
 - Der politische Prozess, der zu solcher Bürokratien führt, muss weder mit Verschwörungen noch mit bösen Menschen erklärt werden (Seite 88: «Korruption ist die Folge nicht schlechter Charaktere der Menschen, sondern fast ausschliesslich der Regeln und Kosten der Bürokratie»). Die Gründe sind unter anderem:
 - «Die Sicherheit»
 - Die Hierarchie
 - Rechtsgleichheit – keine Ausnahmen
 - Haftung des Staates und des Beamten
 - Der einzelne Beamte, seine Karrierevorstellungen und seine Abteilungen

Nicht im Buch aber passend: In einem guten System arbeiten auch schlechte Leute gut – in einem schlechten System arbeiten auch gute Leute schlecht.

- Vor dem Ausblick in das Augustinische Zeitalter schliesst Kappeler Seite 90: Auf drei Wegen muss die Freiheit zurückgewonnen werden:
 - Mit dem Kampf gegen die Bürokratie und ihre Ursachen
 - Mit dem Kampf um die demokratische Kontrolle der Bürger/innen über Parlamente und Regierung
 - Mit der Rückgabe der Macht des internationalen Superstaats an die Nationen.

- Das Augustinische Zeitalter als Horrorvision (Seite 93)
 - Auf den Seiten 93-96 werden als Horrorvision die Parallel zwischen der heutigen EU und der späten römischen Republik aufgezeigt – beängstigend.
 - Dann folgt ab Seite 96 unten die Einführung in Aspekte der Lehre des Public Choice:
 - «In Demokratien: Den Wähler unter sich bedienen die konkurrierenden Parteigruppen gemäss dem Grundsatz des «median voter», sie versprechen Zuteilungen an möglichst die Hälfte der Wähler. Die Ressourcen werden dank Mehrheitsregeln bei den vermögenderen Minderheiten beschafft oder die Lasten dank der inkrementalen, langsamen Steigerung unmerklich im Einzelfall auf alle verteilt.»
 - «Solche Machtstrategien lehrt uns die ökonomische Theorie der Politik (Public Choice). Sie geht vom Eigeninteresse aller an der Politik Beteiligten aus, also der Wähler, der Parteien, der Parlamentarier, der Regierung, der Verwaltung, ja auch der Gerichte.

Wege zur Freiheit (2. Teil)

- Die Macht dem Bürger – als Wähler (Seite 112)
 - Es braucht Panaschiermöglichkeiten
 - Vertrauen ist gut – aber die Regierung soll gehorchen
 - Volksabstimmungen, mit Korrektur gegen die Diktatur der Mehrheit:

- Föderale Gewichtung (Volksmehr *und Mehrheit der Kantone*)
- Magere Staatskompetenzen (indem die grossen Staaten möglichst wenig Kompetenzen erhalten, sondern das meiste auf lokaler und föderaler Ebene entschieden wird.) Das ist gleichzeitig das zentrale Argument *gegen* die naive Forderung nach EU-weiten Volksabstimmungen (Seite 119 oben).
- *Häufige* Volksentscheide, damit können Fehler auch korrigiert werden.
- Parlament und Regierung werden hellhörig gegen unten
- Luchsinger: Obige Vorschläge von Checks and Balances sind politikhemmend und damit richtig – aber was, wenn die Situation schon derart verfahren ist, dass man wie Margaret Thatcher eigentlich gewaltige Reformen durchsetzen müsste?

Die nächsten beiden Kapitel 8 und 9 sind die besten und konkretesten und listen die folgenden Verbesserungsvorschläge auf:

- Die Macht dem Bürger – gegen die Bürokratie, ziviler Ungehorsam (Kapitel 8, Seite 125)
 - Parlament ist der alleinige Auftraggeber der Verwaltung (Gewaltentrennung), unter anderem:
 - Vetorecht des Parlaments gegen alle Erlasse der Verwaltung
 - Gebühr für Leistungen der Verwaltung bei Bewilligungen, Kontrollen etc verbieten (anders Wasser, Strom wenn staatlich)
 - Die Verwaltung soll die Kosten selber tragen für Regulierungen, Kontrollen der privaten Bürger, Einrichtungen, Firmen.
 - Das Parlament muss Einspracherechte knapphalten
 - Opt-Out für Bürger/innen, Firmen gegen Regulierungen für zB Sicherheit, wenn man bereit ist, die Folgen selber zu tragen.
 - Der Verwaltung und den Gerichten sollen Fristen gesetzt werden mit bürgernahen, freiheitlichen Default-Lösungen (wenn keine Baubewilligung innert x Tagen, ist es bewilligt).
- Den Superstaat zurückbauen (Kapitel 9, Seite 133)
 - Budget, ab 134:
 - Selbstbindung der Parlamente: Regierung kann ausgabenseitig kürzen
 - Neue Ausgaben müssen durch Einsparungen auf dem gleichen Gebiet finanziert werden
 - Ausgabenanträge der Regierung können im Parlament nur ausgeweitet werden, wenn eine qualifizierte Mehrheit der Parlamentarier dafür ist (Mehrheit des Parlaments (nicht nur Anwesende) oder 2/3 davon)
 - Schuldenbremse wie in der Schweiz auf nationaler Ebene (und tiefer)
 - Wie bringt man allgemein den Roll-Back durch die Parlamente? Ein paar Tricks, sehr lesenswert, ab Seite 137 auch mit weiterer Literaturempfehlung (54) (untere Liste ersetzt (wieder) nicht das Lesen des Originals):
 - Kollektiver Verzicht aller Begünstigter auf Ihre Vorrechte (Chapeau, wenn Sie das schaffen!)
 - Methoden zur Gesichtswahrung derjenigen Interessenvertreter, welche nachgeben, finden sich auf Seiten 137-138.
 - Empfängergruppen gegeneinander aufbringen:
 - Rentenalter wird für diejenigen erhöht, die nicht 40 Jahre gearbeitet haben

- Tieferer Lohn gilt nur für neu Eingestellte
Später Regeln für alle vereinheitlichen oder die alten Begünstigten sterben einfach weg
 - Empfängergruppen intern spalten (das ist «aggressiv, invasiv»)
 - Nur künftige Leistungen kürzen
 - Folgen für bisher Begünstigte verschleiern ☺
 - Bisher Begünstigte auskaufen (Geld jetzt sofort hat für die mehr Wert)
 - Aufgaben und Finanzierung (!) auf untere Ebene schieben
 - Gewinnerkoalitionen bilden
- Schön, welche Weisheit und Lebenserfahrung, Seite 143: «Damit kehrt die Welt zurück zu den erwähnten zwei Säulen der Zivilisation – Staatsbonität und Geldwert. Denn auf diesen zwei Säulen ruhen

Regelvertrauen > Vertragstreue > Treu & Glauben > Moral & Ethik der Bürger

in dieser Reihenfolge!»

Kommentar von Christoph Luchsinger

Für mich gibt es **3 Ebenen, wie man die Reformbemühungen anschauen kann:**

1. **Was muss konkret im einzelnen Gesetz gemacht werden** (tiefe Steuern, Privatisierungen, Abschaffung konkreter Vorschriften)
 - Das ist nicht die Ebene des Buchs, es würde den Rahmen sprengen.
 - Eindrückliche Beispiele sind aber zur Illustration eingestreut.
 - Das Buch setzt voraus, dass die Leserschaft die verfahrenende Situation und den Superstaat als solchen erlebt und weiss, was man konkret mit Gleichgesinnten ändern würde. Aber wie setzt man es in der Demokratie um? Da hilft der Kappeler.
 - Diese Programme müssen bei Regierungsantritt fertig ausformuliert sein (Kissinger) oder mit Kappeler: «Bereit zu sein, ist alles» - es gilt auch für uns: «Never waste a crisis»)
 - Mein Dokument 29: www.schatten-kabinett.ch/29 ist etwa zwischen Ebene 1 und 2 angesiedelt.
2. **Spielregeln des demokratischen Prozesses** (wie ist der Staatsaufbau, wie funktionieren die Parlamente, Mitwirkungsmöglichkeiten, Bedeutung der Parteien)
 - Das ist das Hauptthema des Buches. Was muss man dort ändern?
3. **Wie ändert man den Mindset der Leute** in der Frage Kollektiv vs Individuum, Staat vs Privat, Zwang vs Freiheit, Dringlichkeit von Reformen
 - Dies ist die schwierigste Frage und wäre ein eigenes Buch wert. Wir müssen die intellektuelle Luftüberlegenheit erlangen.

Die 3 Ebenen beeinflussen sich gegenseitig:

- Wer, wie junge, ungestüme Liberale, auf der Ebene 1 verstanden hat, was alles gemacht werden müsste, regt sich schnell mal auf, dass die anderen das einfach nicht verstehen und sofort umsetzen wollen. Wir sprechen hier natürlich nicht von den Linken, sondern von den berühmten «Sozialisten in allen Parteien» (Hayek) – und eben auch in den bürgerlichen Parteien. Hier hilft die von Kappeler oft benutzte Public Choice Schule (James Buchanan), viele Widerstände zu *erklären*. Das ist eine Verbindung zwischen der 1. und 2. Ebene.
- Leider brauchen die Änderungen in Ebene 1 wie auch in Ebene 2 zuerst wohl Änderungen auf Ebene 3.

- Die notwendigen Reformen auf der 1. Ebene sind einfacher umzusetzen, wenn auf der 2. Ebene die notwendigen Reformen, wie von Kappeler vorgeschlagen, umgesetzt würden.
- Die Änderungen auf der Ebene 2 muss man zum Beispiel mit «mehr Bürgernähe» begründen und nicht, dass dann die Reformen in Ebene 1 besser durchsetzbar sind. Generell: dass man bei der Änderung von Spielregeln (Ebene 2) bereits die konkreten Reformen (Ebene 1) im Hinterkopf hat, ist natürlich nicht die feine Art von Fairplay: «wir ändern die Regeln jetzt so, dass wir dann gewinnen.»
- Die 3. Ebene ist wohl am Schwersten aktiv beeinflussbar. Der Mindset ändert sich eher durch zeitlich schwer genau vorhersehbare, von vielen als weitgehend fremdbestimmt erlebte Ereignisse (Krisen politischer und wirtschaftlicher Art); aber doch ein paar kleine Hinweise:
 - Gute Bücher, Filme und Einzelgespräche sind nicht falsch
 - zB wenn Kosten für subventionierten Arbeitsplatz grösser als der dortige Lohn (Kohle in UK und USA in 80er Jahre) und weitere

Die Chancen für Veränderungen:

- Kappeler ist offensichtlich ein Schweiz-Fan - wer nicht. Er erwähnt aber nicht, dass auch in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten einiges schief gelaufen ist (er weiss es durchaus und schreibt das in anderen Publikationen).
- Bleiben wir in der Schweiz; bei uns ist nämlich folgendes möglich:
 - wir haben in der Schweiz als Volk Initiativrecht!
 - wenn man eine gute Lösung hat, welche, wenn durchgeboxt, funktionieren würde
 - wenn das Volk dafür ist
 - und die Politiker dagegen wegen Machtverlust
 - **dann können wir uns – im Vergleich zum Ausland – doch durchsetzen!**
- Die im Buch erwähnte Schuldenbremse auf Bundesebene in der Schweiz kam zudem sogar aus vom Apparat Regierung-Verwaltung und Parlament, wurde dann mit 85 % Ja-Stimmen (weit in's Linke Lager hinein!) vom Volk abgesegnet – Basta!
- Man muss sich auf die guten liberalen Vorlagen konzentrieren, wo es eine Volksmehrheit gibt (Politiker eventuell dagegen).

Zum Schluss noch, bei aller Hochachtung, zwei kritische Punkte von Luchsinger:

- Obschon die Gewaltentrennung (Legislative – Exekutive – Judikative; Montesquieu) im Buch ein zentrales Thema ist, verwendet Kappeler unreflektiert die beiden Begriffe «Gewaltentrennung» (korrekt) und «Gewaltenteilung» (meines Erachtens falsch) weitgehend synonym. Das müsste man endlich sauber thematisieren.
 - Unter Teilung wird heute bei vielen Jungen verstanden, dass man sich überall in den Gewalten und deren Ausübung teilt, alles gemeinsam macht (selbst die Verantwortung teilt). Fragen Sie ruhig mal bei jungen Leuten nach, was sie unter Gewaltenteilung verstehen.
 - Richtig wäre personelle, organisatorische und auftragsmässige Trennung der drei Gewalten.

Falls das schon irgendwo thematisiert wurde: Hinweis zu einem Paper dazu sehr erwünscht an luchs@schatten-kabinett.ch . Man beachte: die korrekte Wahl von Begriffen ist sehr wichtig.

- Zweimal erwähnt Kappeler Isaiah Berlin (Seite 106 oben und dann wieder Seite 117 oben): man muss in die Originalliteratur (habe nicht) oder der informierte Leser schreibe mir bitte dazu: luchs@schatten-kabinett.ch :

- Berlin hatte – bei aller Hochachtung – einen veritablen Marketing-Bock für uns Liberale geschossen, als er negative und positive Freiheitsdefinitionen, akademisch durchaus aussagekräftig, unterschied:
 - Negative Freiheit (das wollen wir – tönt nicht sexy): Schutz vor Fremdzwang
 - Positive Freiheit (das wollen die Linken – das tönt doch positiv): der Staat als Ermöglicher («für alle statt für wenige», «Plüsch-Sofa-Kommunismus»)).
- Kappeler wendet die Unterscheidung (so habe ich das verstanden) folgendermassen neu auf die politischen Rechte (das wäre eben die 2. Ebene und damit sein Thema des Buches) an: Zitierend Seite 105 unten bis 106 oben: «Hingegen verwirklichen die Demokratien Westeuropas einerseits und jene der USA und der Schweiz andererseits die Freiheit verschieden, gemäss Isaiah Berlin: einerseits nur die Freiheit von Gewalt und Diktatur wie in Westeuropa oder andererseits auch die Freiheit für eigenes Handeln – man kann den grossen Lauf der Dinge in der Tagespolitik mitbestimmen - wie in den Einzelstaaten der USA, die Abstimmungen kennen, und in der Schweiz». Und dann wieder Seite 117 oben: «Die beiden Varianten der demokratischen Mitwirkung folgen einer hochbedeutenden Unterscheidung, welche der Philosoph Isaiah Berlin getroffen hat – es gibt Freiheit von ... und Freiheit zu... . In parlamentarischen Demokratien sind die Wähler durchaus frei von Diktatur und Gewalt von oben. Doch mit vermehrten politischen Rechten des Wählers mit Abstimmungen und Panaschieren und der Parlamentarier, ohne «Erpressung» durch Vertrauensabstimmung, sind alle eben auch noch frei, zu gestalten.»
- Der Unterschied bei der Verwendung der Unterscheidung:
 - Berlin sprach von den Resultaten auf der 1. Ebene.
 - Kappeler spricht hier von Vorgängen auf der 2. Ebene.
 - Dann ist die Zuordnung zudem über's Kreuz – immerhin sind wir Liberalen vom Marketing her dann neu die Guten: wir sagen dann «Freiheit zu» (positiv) und nicht nur (negativ) «Freiheit von».
 - Wenn die Anwendung hier anders ist, müsste Kappeler das mindestens thematisieren.
- Es ist mir nicht bekannt, dass Isaiah Berlin das so wie Kappeler gemeint hat – aber ich erweitere gerne meinen Horizont. Feedback erwünscht.

Nochmals: die Lektüre dieser Zusammenfassung ersetzt nicht das Lesen des Originals. Wenn Ihnen diese Zusammenfassung gefallen hat und Sie in der politischen Arena tätig sind oder sein wollen oder nur schon als Schweizer/in Ihre Bürgerpflichten besser wahrnehmen wollen: kaufen Sie das gut strukturierte Buch auf jeden Fall und lesen Sie es auch – es sind nur 150 gutgeschriebene Seiten! Die Unterteilung erlaubt problemlos eine sinnvolle Etappierung.